

# Gemeinsam gegen rechte Parolen

► Mahnwachen der NPD zum Jahreswechsel in der gesamten Vorderpfalz, heute eine Großdemonstration linker Gruppen in Grünstadt: Seitdem der Landkreis Bad Dürkheim im vergangenen Jahr so stark in den Fokus der NPD gerückt ist, gibt es auch eine große Gegenbewegung. Dabei haben es die friedlichen Kräfte schwer, ein Zeichen zu setzen, ohne dass ihre Ziele von gewaltbereiten Gruppen durchkreuzt werden. Das machte die NPD-Demonstration am 29. Dezember in der Kurstadt deutlich, die beinahe eskaliert wäre. Der Polizei gelang es jedoch, extrem Linke von extrem Rechten zu trennen.

Der Einsatz gegen Rechts verläuft also alles andere als harmonisch und geschlossen. Parteipolitik ist der Grund, warum selbst auf der Seite der friedlichen Gegenbewegung, die keine radikalen Absichten verfolgt, bislang keine gemeinsamen Projekte zustande gekommen sind. Zumindest sehen dies James Herrmann (WASG) und Achim Hoffmann (Grü-

ne) so, die im vergangenen Jahr aufgrund der Aktivitäten der NPD in Altleiningen und Kirchheim das „Bündnis gegen Rechtsradikalismus“ gründeten.

In dieser Woche wurde bekannt, dass dieses Bündnis, dem neben WASG und Grünen auch die Gewerkschaften Verdi und DGB sowie die Globalisierungsgegner von der „Attac Region Neustadt“ angehören, einen Bundespreis bekommen hat. Der Beirat des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ – vor sieben Jahren von der Bundesregierung ins Leben gerufen – hat es als „vorbildliches Projekt“ ausgezeichnet. Wir haben am Mittwoch darüber berichtet. Zur Teilnahme an diesem Wettbewerb hatte eine andere Initiative aufgerufen, nämlich die Initiative, die mittels einer Resolution des Dürkheimer Kreistages im Sommer aus der Taufe gehoben wurde. Die nennt sich „Rechtsextremismus? Wir tun was!“ und setzt vor allem auf Präventionsarbeit in Schulen oder Jugendtreffs. So sollen

Lehrer oder Sozialpädagogen – so genannte Multiplikatoren – lernen, mit rechtsradikalen Parolen umzugehen und richtig dagegen zu argumentieren. Eine Mitarbeiterin in der Kreisverwaltung kümmert sich um die Organisation dieser Veranstaltungen. Die nächste findet am 31. Januar statt.

Diese Initiative hat eine ganz andere Zielsetzung als das „Bündnis gegen Rechtsradikalismus“, das sich primär mit Informationsveranstaltungen an die Bürger im Raum Grünstadt wendet und auch bei Demonstrationen aktiv wird. Trotzdem vermisst Bündnissprecher Achim Hoffmann gemeinsame Aktionen beider Initiativen. Er findet, dass sich alle Parteien in ihrem Einsatz gegen Rechts zusammenschließen müssten. Landrätin Sabine Röhl versicherte auf Anfrage, dass sie kein Problem habe, die Aktionen zu vernetzen. Jedoch könne sie nicht als Koordinatorin sagen, was zu tun oder zu lassen sei. Besser sei eine offene Plattform, die jeder vor Ort nutzen und selbst mit

Leben füllen könne. „Ich bin dankbar für gute Ideen und Konzepte“, versichert Röhl. Schließlich könne man nicht davon ausgehen, dass der rechte Spuk irgendwann vorbei sei. „Wir brauchen schon einen langen Atem.“

Als grünes Kreistagsmitglied ist Ellen Messner-Vogelesang in beiden Bündnissen aktiv. Sie findet, dass es eigentlich nicht genug Bündnisse gegen Rechts geben kann. Beide Projekte stünden auch nicht zueinander in Konkurrenz, beschwichtigt sie. Trotzdem plädiert auch sie dafür, doch einmal etwas gemeinsam zu organisieren. Messner-Vogelesang wirbt deshalb für ein gemeinsames Auftreten am 27. Januar, dem Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus.

Bei diesem Ansinnen kann man sie nur unterstützen. Gedenktage dieser Art haben hier bislang leider noch keine große Aufmerksamkeit gefunden. Es wird Zeit, dass sich das ändert.

Ein harmonisches Wochenende wünscht Ihnen

*Ihre Dagmar Schindler-Nickel*